Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Inserate übernehmen ausserhalb Berlins: Bonn: M. Cohen. — Bremen: E. Schlotte. — Wilh. Schmidt. — Stettin: S. Salomon. — Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co. — Hamburg: Haasenstein & Vogler. Joh. Nordhaus. Adolf Steiner. William Wilkens. — Görlitz: C. Schoenwald. — Mainz: D. Frenz. — Minden: C. Marowski. —

Wien: M. Dukes, I., Wollzeile No. 6—8; A. Oppelik, I., Stubenbastei 2. — Frankreich, England und Belgien: Alleinige Annahme bei der Compagnie générale de Publicité Étrangère, John F. Jones & Cie. in Paris, 31ter rue du Faubourg Montmartre. — Schweiz: Orell Füssli & Co., Zürich.

Nr. 576. [32. Jahrgang.] Berlin, Donnerstag den 8. Dezember 1892. Abends. [32. Jahrgang.] Nr. 576.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint täglich Morgens und Abends, mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag Morgen; bei besonderen Ereignissen in Extra-Ausgaben. Der Abonnementspreis beträgt für das Deutsche Reich und die österreichisch-ungarische Monarchie vierteljährlich **7 Mark 50 Pf., für das übrige Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Abonnements werden bei den betreffenden Postanstalten angenommen.** Für **Berlin** nehmen **sämmtliche Zeitungs-Spediteure** und die **Expedition** dieser Zeitung, **Wilhelmstraße 32**, Abonnements vierteljährlich zum Preise von **7 Mark 50 Pf.**, sowie die **Post-Expeditionen** für **8 Mark** inkl. Bestellgebühr entgegen. Preis der einzelnen Nummer 10 Pf. Inserate nimmt die Expedition zum Preise von **40 Pf.** pro fünfgespaltene Petitzeile an. Beiträge für die **Redaktion** der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" sind an diese: **Berlin SW., Wilhelmstraße 32**, zu richten, **und wird gleichzeitige Honorarangabe erbeten.**
Fernsprech-Anschluß Amt 6 Nr. 3248. Nachträgliche Honoraransprüche finden keine Berücksichtigung; unbenützte Einsendungen können nicht aufbewahrt werden. **Fernsprech-Anschluß Amt 6 Nr. 3248.**

Politischer Tagesbericht.

Berlin, 8. Dezember.

Der Reichstag hat sich am 6. Dezember mit der Interpellation bezüglich der Organisation des Handwerkerstandes und der Regelung des Lehrlingswesens sowie des Ausbaues der Innungen beschäftigt.

So bereitwillig es erscheint, wenn die handwerkerfreundlichen Parteien immer von Neuem daran erinnern, wie nach der ganzen Entwickelung der Industrie und des Handels der Handwerkerstand hat ins Hintertreffen gelangen sollen und einen vollen Anspruch auf ein ausreichendes Maß von Schutz seitens des Staates und der Gesellschaft hat, da sonst die Gefahr entsteht, daß mit der Beschleunigung seiner Auflösung eine sehr wichtige Wirksamkeit für die Erhaltung einer gesunden Lebensbethätigung unserer Mittelstände fortfallen möchte, so darf doch auf der anderen Seite nicht verkannt werden, welche Schwierigkeiten auf dem in Frage stehenden Gebiete der fürsorglichen Initiative der verbündeten Regierungen sich in den Weg stellen, und daß jene zu allerlegt dadurch beseitigt zu werden Aussicht haben, wenn alles Heil, wie oft der Fall zu sein scheint, lediglich in einer Richtung und nur von einem einzigen Mittel erwartet wird.

Nach dem Schluß der vorigen Reichstagssession ist das Reichsamt des Innern sofort mit dem preußischen Handelsminister in Erwägungen darüber eingetreten, wie die weitere Ausbildung der Organisation des Handwerks und die Regelung des Lehrlingswesens anzugreifen sei. Ueber die daraus hervorgegangenen vorläufigen Vorschläge ist bann mit Sachverständigen und Interessenten aus gewerbetreibenden Kreisen verhandelt worden. Es besteht die Absicht — und darüber wird zwischen den verbündeten Regierungen noch verhandelt —, das gesammte Handwerk in Handwerkerkammern zusammenzufassen. Diese sollen territorial abgegrenzt werden. Innerhalb der nächstbetheiligten Ressorts wünscht man überdies, diesen Handwerkerkammern gewisse Befugnisse zu geben, namentlich obligatorische über die Erstattung von Gutachten über gewerbliche Fragen, Berichterstattung über die Lage des Handwerks, Aufsicht über die Durchführung der für die Ausbildung und Behandlung der Lehrlinge erlassenen Vorschriften und die durch besondere Gesetze den Handwerkerkammern zu übertragenden Befugnisse zur Mitwirkung an der Ueberwachung der auf den Arbeiterschutz bezüglichen Bestimmungen der Gewerbeordnung. Daneben sollen den Handwerkerkammern gewisse fakultative Befugnisse beigelegt werden bezüglich der auf die Förderung des Kleingewerbes gerichteten Maßnahmen, die sie auch bei den kompetenten Behörden anregen dürfen; sie sollen ferner Veranstaltungen zur Förderung der gewerblichen, technischen und sittlichen Ausbildung der Gehülfen und Lehrlinge treffen, für gewisse Gewerbegruppen Prüfungsausschüsse bilden dürfen, von welchen die Lehrlinge geprüft werden und Zeugnisse erhalten. Sie sollen Vorschriften erlassen über das Verhalten der Lehrlinge, Art und Gang ihrer Ausbildung, Verwendung von Lehrlingen außerhalb des Gewerbes, Besuch der Fach- und Fortbildungsschulen, soweit dieser nicht durch Gesetz oder Statut geregelt wird, Anmeldung der Gesellen, Gehülfen, Lehrlinge und Arbeiter.

Daß es sich ermöglichen lasse, den Innungen innerhalb der neuen Organisation eine erste Stelle anzuweisen, bleibt selbstverständlich eine hervorragende Sorge der verbündeten Regierungen. Es liegt aber doch auch auf der Hand, daß ein so weitreichender und in viele Verhältnisse tiefeingreifender Plan zur besseren Zusammenfassung des Handwerks nicht innerhalb der Hälfte eines Jahres in die Wirklichkeit übergeführt werden kann. Um so weniger klug will es vom Standpunkt der handwerkerfreundlichen Parteien erscheinen, wenn diese einen Grad von Ungeduld an den Tag legen und einen Ton des Mißmuths in die betreffenden Diskussionen tragen, der nur dazu angethan sein kann, die Stimmung in Handwerkerkreisen statt zuversichtlicher mehr denjenigen Versuchungen geneigter zu machen, die insbesondere von sozialdemokratischer Seite unablässig zu dem Zwecke insinirt werden, die Stimmen der angeblich von der Regierung und Gesetzhalterschaften Parteien schlecht behandelten Handwerker zu Gunsten einer Propaganda einzufangen, die in ihren letzten Zielen revolutionair bleibt, ob dies eingestand an oder verschleiert wird.

Die auch dem Handwerkerstand und seinen Nöthen gegenüber unentwegt fortgesetzte Politik der kaiserlichen Botschaft vom 17. November 1881 muß sich gründen dürfen auf das unerschütterliche Vertrauen der betreffenden Erwerbsberufskreise in das gegebene Kaiserwort und in die Kraft des monarchischen Staates. Wird dieses Vertrauen auf der staatserhaltenden Seite dadurch erschüttert, daß man den unheilvollen Glauben von der allein selig machenden Kraft eines einzigen Allheilmittels auf das politische Gebiet überträgt, auf das es am allerwenigsten gehört, so kommt das im Effekt ganz auf dasselbe hinaus, was auch die sozialdemokratischen Apostel bezwecken, indem sie dem Handwerker vorreden, es gehe für sie eine Rettung — überhaupt nicht mehr.

Als **Zuschuß des Reichs** zu den Invaliditäts- und Altersversicherungs-Renten sind im laufenden Etat 9 213 838 ℳ ausgesetzt, und sollen für 1893/94 12 670 925 ℳ, also um etwa 3½ Mill. Mark höher, vorgesehen werden.

Die Zahl der laufenden Altersrenten läßt sich auf Grund der Mittheilungen der Versicherungsanstalten unter Berücksichtigung des Zuganges und Abganges unbeschadet der in den Invalidenrenten umgewandelten Altersrenten für den 1. Januar 1893 auf 145 136 veranschlagen. Hiervon kommen im Laufe des Jahres 1893 durch Tod 12 794 in Wegfall; für diese wird durchschnittlich nur der halbe Reichszuschuß von je 25 ℳ erforderlich. Für neue Rentenbewilligungen im Laufe des Jahres 1893 (30 366 Fälle) ist im Durchschnitt gleichfalls der halbe Reichszuschuß von je 25 ℳ in Anrechnung zu bringen. Die Belastung des Reichs aus den Zuschüssen zu Altersrenten berechnet sich daher auf 7 696 100 ℳ.

Für die Zahl der laufenden Invalidenrenten können die bisher gemachten Erfahrungen, weil dieselben nur ein Vierteljahr umfassen, noch nicht verwendet werden, zumal als sicher anzunehmen ist, daß viele Berechtigte den Anspruch noch nicht erhoben haben, indem sie bisher nicht wußten, daß ihnen ein Anrecht auf Invalidenrente zusteht. Man mußte deßhalb, um den Voranschlag möglichst vorsichtig aufzustellen, die Grundlagen der Denkschrift zum vorjährigen Etat verwenden. Hiernach ist anzunehmen, daß am 1. Januar 1893 im Ganzen, 67 158 Invalidenrentenempfänger vorhanden sein werden, von denen jedoch im Laufe des Jahres 1893 infolge Todesfalle 3961 durchschnittlich nur den halben Reichszuschuß beziehen werden. Danehen wird in Folge neuer Bewilligungen noch in 6528 Fällen der halbe Reichszuschuß in Anrechnung zu bringen sein, so daß die Zuschüsse zu den Invalidenrenten auf 4 974 825 ℳ zu veranschlagen sind.

Aus den auf die Dauer militairischer Dienstleistungen entfallenden Rentenantheilen kommt eine nennenswerthe Belastung des Reichs wie im Vorjahre, auch diesmal nicht in Frage. Die Gesammtbelastung des Reichs aus den Zuschüssen zu den Renten berechnet sich deßhalb, wie im Etat vorgesehen, auf 12 670 925 ℳ.

Als Beitrag zur Invaliditäts- und Altersversicherung der Arbeiter sind im **Marineetat** 78 500 ℳ ausgeworfen. Nach der Anzahl der beschäftigten Arbeiter berechnen sich die zu leistenden Beiträge wie folgt: Es werden in der I. Lohnklasse 123, II. 435, III. 3728, IV. 6678 versicherungspflichtige Arbeiter beschäftigt. Der Jahresbeitrag wöchentliche Beitrag beträgt für die I. Lohnklasse je 0,07 ℳ, II. 0,10 ℳ, III. 0,14 ℳ, IV. 0,17 ℳ. Es sind für die I. Lohnklasse 447,72 ℳ, II. 2262 ℳ, III. 23 262,72 ℳ, IV. 52 088,40 ℳ, zusammen 78 060,84 ℳ. Hierzu kommen für Formulare und unvorhergesehene Ausgaben, sowie zur Abrundung 439,16 ℳ, ergiebt eine Ausgabe von 78 500 ℳ, das sind gegen den Etatsansatz für 1892/93 mehr 10 600 ℳ. Dieses Mehr ergiebt sich aus der Zunahme der Arbeiterzahl und aus dem Aufrücken eines Theils der Arbeiter in eine höhere Lohnklasse.

Die Vorschriften über **Uebergabe und Rückgewähr von Dienstwohnungen** werden angesichts einiger in den letzten Jahren vorgekommenen sehr bedauerlichen Fälle seitens der Minister des Innern, der öffentlichen Arbeiten und der Finanzen durch gemeinsamen Erlaß in Erinnerung gebracht, welcher auf strengste Einhaltung jener Vorschriften hinweist. Insbesondere soll durch sofortige Aufnahme einer Verhandlung der Zustand einer Dienstwohnung bei ihrer Rückgewähr festgestellt werden, und auch während der Benutzung einer Dienstwohnung der mit der Ueberwachung betraute Beamte sie nach Erforderniß besichtigen, um festzustellen, ob der Wohnungsinhaber den ihm obliegenden Verpflichtungen nachkommt.

Durch gemeinsame Verfügung der Minister des Innern und der Finanzen wird bezüglich der Anmeldung des Rechtsmittels im **Disziplinarverfahren** auf Grund besonderer Erwägungen angeordnet, dieselbe solle in allen Fällen, in denen die Entscheidung erster Instanz auf Versetzung des Beschuldigten in ein anderes Amt lautet, während der staatsanwaltliche Beamte eine schärfere Strafe beantragt hatte, vorläufig erfolgen und an den Departementschef Bericht erstattet werden. Damit wird eine 1885 aufgehobene Verfügung von 1858 zum Theil wieder hergestellt.

Im „wissenschaftlichen" Organ der Sozialdemokratie, der „Neuen Zeit", hält Herr Bebel dem sozialdemokratischen Parteitage eine Nachrede, welche im Uebrigen kein Interesse bietet, da sie ist, wie sie an dieser Stelle und unter dieser Stelle sein muß.

Von Interesse ist jedoch folgende Passage über katilinarische Existenzen in der Sozialdemokratie:

„Die Zahl der Existenzen, man kann sie mit dem Sammelnamen „katilinarische" bezeichnen, die ohne jedes Verständniß für das wahre Wesen und die Ziele der Partei sich an sie herandrängen und auf Ehrenstellen und Posten rechnen, ist weit größer, als man außerhalb des Kreises der Wissenden ahnt. Dazu kommen alle Jene, die, von dem Drange ihres Herzens getrieben, einem gewissen Idealismus folgend, sich der Partei anschließen, aber über den Charakter der Partei vollkommen im Unklaren sind, mit Vorliebe Halbheiten und kleine Maßregeln propagiren, jede Konzession durch das Vergrößerungsglas sehen und in Folge der ihnen in der Regel innewohnenden höheren formalen Bildung einen verhängnißvollen Einfluß ausüben. Der unwissendste und tiefstehendste Arbeiter, der zur Partei tritt, ist in Folge seiner Klassenstellung unendlich leichter zum klarsehendsten (?) Sozialdemokraten zu erziehen, als solche Elemente, die in die Partei eintreten in der Ueberzeugung, daß sie die Partei von ihrem falschen Wege abzubringen und auf den wahren Standpunkt zu heben hätten. Diesen als Krebsthi und Plebbi bezeichneten Elementen das Eindringen in die Partei möglichst zu erschweren, war ebenfalls einer der Zwecke der auf dem Parteitag angenommenen Resolution."

Daß die journalistische und agitatorische Vertretung der Sozialdemokratie die letztere des Charakters einer Arbeiterpartei längst entkleidet hat, wußten Andere schon längst — jetzt scheint man es auch von Parteieitelkeitsgrößen einzusehen.

Die bereits telegraphisch erwähnte **Botschaft des Präsidenten Harrison** an den Kongreß lautet in ihren wichtigeren Punkten folgendermaßen:

„Indem ich Ihnen diese Botschaft unterbreite", sagt der Präsident, „gereicht es mir zur großen Genugthuung, erklären zu können, daß die allgemeinen, wie die kommerziellen und industriellen Interessen der Vereinigten Staaten hervorragen Zustande im höchsten Grade günstig sind. Ein so hoher Grad der Wohlfahrt und so allgemeiner Verbreitung der Behaglichkeiten des Lebens sind nie von unserem Volke zuvor genossen worden."

Zur Tariffrage übergehend, bemerkt dann der Präsident: „Das Ergebniß der Präsidentenwahl muß dahin gedeutet werden, daß es eine neue Politik eingeführt. Wir müssen annehmen, daß der jetzige Tarif, der nach den Regeln des Schutzzolles aufgebaut ist, aufgehoben werden soll, und daß derselbe durch einen Tarif ersetzt werden wird, der ausschließlich im Hinblick auf Staatseinkünfte konstruirt ist, und daß kein Zoll höher sein soll, weil die Steigerung eine amerikanische Fabrik offen halten wird, oder die Löhne der amerikanischen Werkleute dadurch hoch gehalten werden, sondern daß in jedem Falle ein solcher Zollsatz aufgelegt werden wird, der dem das Resultat die größten Einnahmen zuführt. Der Wettstreit hat sich nicht um Zollsätzen, sondern um Grundsätze gedreht. Es würde beleidigend sein, die Völker aufzuwecken, daß die vorherrschende Partei die Prinzipien, die sie befürwortet und die Zusagen, die sie gemacht hat, nicht in Gesetze verwandeln wird. Ich empfehle, daß bis die ganze Frage der Tarifrevision dem nächsten Kongresse überlassen werde. Es ist Sache des Bedauerns, daß das Werk um mindestens drei Monate verzögert werden muß, denn die Androhung großer Tarifveränderungen führt so viel Ungewißheit herbei, daß es nicht leicht ist, den Umfang der Geschäftsthätigkeit und verminderter Erzeugung, die nothwendiger Weise sich daraus ergeben werden, abzuschätzen. Die Arbeitgebern und Arbeitern in den großen fabrizirenden Etablissements sind einer ruhigen Erwägung der Wirkung des Schutzzollsystems auf die Löhne seitens der Werkleute nicht günstig gewesen. Sie dürfen jetzt im Stande sein, die Frage im Lichte ihrer persönlichen Erfahrung unter einem ausschließlichen Fiskaltarif zu unterfuchen. Sollte jene Erfahrung kund thun, daß die jetzigen Löhne dadurch aufrecht erhalten oder entweder ablenkt oder in ihrer Kauffähigkeit gesteigert werden, und daß das Gesammtvolumen der im Lande verrichteten Arbeit vermehrt oder selbst bekundet worden ist, wird Jeder davon ermuthigung kann von patriotischen Bürgern nicht ohne die ernstesten Besorgnisse betrachtet werden. Es kann für den amerikanischen Fabrikanten möglich sein, und ich glaube, es ist möglich, erfolgreich mit seinem ausländischen Nebenbuhler in vielen Zweigen der Produktion ohne die Stütze von Schutzzöllen zu konkurriren, wenn die Löhne qualifizirt werden, aber es ist nicht erfreulich, den Konflikt, der zwischen den Produzenten und jenem Resultate steht und die Noth unter unseren Werkleuten, wenn es erreicht wird, in Betracht zu ziehen. Der Gesellschaft der Unbeschäftigten, die jetzt häufige und drohende Paraden in fremden Städten abhält, sollte nicht gestattet werden, amerikanisches Domizil zu erwerben."

Auf das Gebiet der auswärtigen Fragen übergehend, kündigt der Präsident unumschränkt an, daß die Beziehungen der Vereinigten Staaten zu anderen Nationen im gegenwärtigen Augenblick ungestört durch irgend welche ernste Kontroversen sind, und er vorbereitet, daß, falls die Meistbegünstigungspolitik, unterstützt von den amerikanischen-Dampferlinien, fortgesetzt wird, die Vereinigten Staaten binnen Kurzem ein Drittel des Gesammthandels von Mittel- und Südamerika liefern würden. Mit Bezug auf das Uebereinkommen, Schiedsgericht betreffend, Harrison, daß dem Präsidenten der Vereinigten Staaten die Befugniß gegeben werden sollte, mittels Proklamation den Sechundzwang durch amerikanische Schiffe im nördlichen Pacific zu verbieten, falls, entweder als Ergebniß der Entscheidung des Schiedsgerichts oder anderweitig, Beschränkung auf die Schiffe aller Länder angewandt werden könne. Die Rechtsanwälte der Regierung der Vereinigten Staaten drücken ihre Ueberzeugung aus, daß das Schiedsgericht das Resultat die wesentliche Bestätigung der amerikanischen Ansprüche haben und die Wahrung der Industrie zum Nutzen aller Nationen erreicht werden wird.

Des Weiteren verweist der Präsident alsdann gleichfalls eingehend bei den Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Kanada und der unfreundlichen Haltung, welche Kanada in den Unterhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten und Großbritannien an den Tag legt. Er sagt: „Die Zeit ist für uns gekommen, in Erwägung zu ziehen, ob, falls dieser Zustand fortdauert, unser Tauschhandel mittelst Beförderung zu Lande nicht auf eine andere Grundlage gestellt werden sollte, und ob unsere ganze Unabhängigkeit von kanadischen Kanälen und dem St. Lawrence-Strom als ein Ruhmes nach dem Meere nicht durch den Bau eines amerikanischen Kanals um die Niagara-Wasserfälle herum und die Eröffnung einer Schiffsverbindung zwischen den großen Seen und einem unserer Seehäfen gesichert werden sollte. Wir sollten die den Eisenbahnen und Dampferlinien Kanadas durch den, genau genommen, und gehörenden Verkehr gewährte Unterstützung zurückziehen und wir sollten nicht länger Erwerb liefern, der das sonst erdrückende Gewicht der enormen ihnen gegebenen Staatssubvisionen leichter macht."

Mit großem Ernst wiederholt alsdann der Präsident die Empfehlung, daß schnelle und hinreichende Unterstützung der amerikanischen Gesellschaft gewährt werden, die mit dem Bau des Nicaragua-Kanals beschäftigt ist. Seiner Ansicht nach ist es von jedwedem Standpunkte unmöglich, den Werth dieses Unternehmens zu unterschätzen, und er hofft, daß selbst im jetzigen Kongresse Zeit vorhanden sein möge, demselben einen Anstoß zu geben, der die baldige Vollendung des Werkes und den Vereinigten Staaten die gehörigen Beziehungen zum Unternehmen, wenn es vollendet ist, sichern wird.

Die internationale Währungskonferenz bildet den nächsten Gegenstand der Betrachtung und mit Bezug darauf erklärt Harrison, daß es zu früh sei, vorherzusagen, was sie verrichten wird. Er fährt fort: „Sollte irgend ein zeitweiliges Hinderniß oder eine temporäre Verzögerung eintreten, so glaube ich, daß die Handelsbedingungen sehr bald die jetzt zögernden Nationen zwingen werden, sich mit uns in dieser Bewegung zu vereinigen, um eine Vergrößerung des Umfanges des für die Erledigung der Weltgeschäfte nöthigen gepräagten Geldes zu sichern."

Nach Erwähnung des Berichts des Staatsschatzsekretairs fährt der Präsident fort: „Das öffentliche Vertrauen in die Absicht und Befähigung der Regierung, die Parität aller unserer Geldemittirungen, leien sie in Münze oder Papier, muß unerschüttert bleiben. Der Goldbegehr für Europa und die daraus sich ergebenden Anforderungen an uns sind in einem bedeutenden Grade das Resultat der Bestrebungen einiger europäischer Nationen, ihre Goldreserve zu steigern. Diesen Bestrebungen sollte durch angemessene Gesetze unserseits begegnet werden. Die Verhältnisse, welche den Goldabfluß im Staatsschatze schufen, sind in einem wichtigen Grade politische und nicht kommerzielle. Im Hinblick auf die in naher Zukunft bevorstehende allgemeine Revision der fiskalischen Gesetze, scheint es wahrscheinlich, daß es besser sein würde, wenn irgend welche Veränderungen vielmehr einen Theil jener Revision bilden, als daß sie einen zeitweiligen Charakter tragen sollten."

Mit Bezug auf die Entwickelung der Handelsmarine ist Harrison der Ansicht, daß kein Gegenstand den Stolz, die Macht und die Wohlfahrt des Landes näher berührt, und er fügt hinzu: „Wenn wir mit anderen Konkurrenten eine Konferenz beschicken können, gouvernementale Hülfe vorgesehalten, könnten wir vielleicht unsere Chancen mit den Jenigen nehmen; aber unsere großen Konkurrenten haben ihre Linien durch Regierungssubsidien errichtet und unterhalten, bis sie praktisch uns von der Theilnahme ausgeschlossen haben. Meine Ansicht geht dahin, daß uns keine Wahl gelassen außer, zum mindesten in mäßiger Weise, dieselbe Politik zu befolgen."

Zum Schluß konstatirt Präsident Harrison seine Ansicht, daß der ganze Gegenstand der Quarantaine unter die nationale Kontrolle gestellt und der Exekutive hinreichende Gewalt gegeben werden sollte, das Volk gegen die Invasion von Seuchen zu schützen.

Rundschau im Auslande.

Aus **Paris** berichtet das „W. T. B.", die Monarchisten würden am nächsten Montag im Wagram-Saale unter dem Vorsitz Keller's eine große Versammlung abhalten, in welcher gegen die „Entthülligungen" in der Panama-Angelegenheit Protest erhoben werden soll. Ein solches Vorgehen ist vom Parteistandpunkte aus vollkommen begreiflich. Wenn [illegible] Verurtheilung erzielen gewesen wäre, wodurch bestimmten Personen in konkretem Fall Handlungen nachgewiesen wären, welche vom Gesetz oder auch nur von einer übereinstimmenden öffentlichen Meinung als Verfehlungen betrachtet werden, so wäre dies ein Irrthum. Man kann sich ja bei den Quittungen, die bei einem Pariser Bankhaus beschlagnahmt wurden, dies und jenes denken, aber wer wird sich vorstellen, daß Geschäftsleute, wie es die meisten französischen Deputirten sind, schwarz auf weiß für „Bestechung" quittiren würden? Den braven Republikanern, welche am 28. für eine parlamentarische Untersuchungskommission gestimmt haben, geht allmälig ein Licht darüber auf, daß sie einen recht thörichten Streich gemacht haben, und sie suchen nunmehr ihre Thorheit zu bemänteln, indem Lärm gemacht wird mit „Enthüllungen", hinter denen noch weniger steckt, als ein ridiculus mus.

Wie „Hirsch's T. B." aus **Lüttich** meldet, ist der kürzlich erwähnte Arbeiter Parquet, den man des letzten Dynamittattentats auf dem Cocquerill'schen Hüttenwerke in Seraing beschuldigt hatte, wegen mangelnder Beweise wieder in Freiheit gesetzt worden.

Aus **Christiania** wird der „Köln. Ztg." berichtet: Eine in der Bildung begriffene politische Mittelpartei erläßt einen von 205 Männern unterzeichneten Aufruf. Die anregende Kraft der Linken wird darin zwar anerkannt, ihr aber vorgeworfen, daß sie nach Aufhebung des Königthums, Einführung der Republik und Trennung der Union mit Schweden strebe. Man könne der Linken daher ebenso wenig wie in Allem der Rechten folgen. Das Programm der Mittelpartei ist völlige Gleichstellung mit Schweden innerhalb der Union, Erweiterung des Stimmrechtes, Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen und Sparsamkeit in den Staatsausgaben.

In der **italienischen** Deputirtenkammer erklärte gestern bei Berathung des Budgets des Ministeriums des Auswärtigen der Abg. Lucifero: Der Dreibund bezwecke ausschließlich die Erhaltung des Friedens; seit einiger Zeit sei wohl gesichert worden, die Sympathieen zwischen den alliirten Nationen hätten sich verringert; er theile jedoch nicht diese Besorgniß und habe volles Vertrauen zum Minister des Auswärtigen Brin. Jeder Grund zur Unpopularität der Tripelallianz sei geschwunden, denn es sei erwiesen, daß dieselbe nicht die wirthschaftlichen Verhältnisse Italiens erschwert oder eine Verminderung der Rüstungen verhindert. Barzilai sprach die Ansicht aus, Brin habe es, indem er gewisse Uebertreibungen, in welche ein Anderer verfallen sei, vermied, wohl verstanden, dem Dreibunde den richtigen Charakter zu geben. Es sei nicht glaublich, daß in Parlamenten anderer Länder über das Verhalten Italiens im Dreibunde Mißtrauen geäußert wäre. — Galli erblickte in den Worten Barzilai's eine Anspielung auf Crispi und verteidigte die Politik des Letzteren, welche von der Kammer mit großer Mehrheit genehmigt worden sei und das Ansehen Italiens gesichert habe. — Colajanni (äußerste Linke) bekämpfte alsdann die Politik Crispi's und betonte, Crispi habe in seiner Rede zu Palermo selbst anerkannt, daß der Dreibund in allzu großer Hast erneuert worden sei. Hierauf wurde die Sitzung aufgehoben.

Wie der Wiener „Pol. Korr." von ihrem vatikanischen Korrespondenten aus **Rom** gemeldet wird, ist die Liste der im nächsten päpstlichen Konsistorium zu ernennenden Kardinäle noch immer nicht endgültig festgestellt. Nach den Angaben vatikanischer Kreise sei jedoch, falls nicht inzwischen beim Papste unvorhergesehene Willensänderungen eintreten, die Verleihung der Kardinalswürde an die nachbenannten Kirchenfürsten zu erwarten: für Oesterreich-Ungarn an den Primas Vaszary; für Deutschland an den Fürstbischof von Breslau, Dr. Kopp, und an den Erzbischof von Köln, Krementz; für Frankreich an den Erzbischof von Rouen, Msgr. Thomas, und den Erzbischof von Tours, Msgr. Meignan; für England an den Erzbischof von Westminster, Msgr. Vaughan. Von italienischen Prälaten werden folgende den Purpur erhalten: der Nuntius in Madrid, Msgr. di Pietro, der Nuntius in Wien, Msgr. Galimberti, der Sekretair der Propaganda-Kongregation, Msgr. Persico, und der päpstliche Unterstaatssekretair, Msgr. Mocenni.

Das **spanische** Kabinet stellte gestern bei der Debatte über die Suspendirung des Bürgermeisters von Madrid die Vertrauensfrage. Dieselbe wurde mit 120 Stimmen in Erwägung gezogen. Viele Liberale und Konservative entheiten sich der Abstimmung, darunter Anhänger von Canovas und Silvela. Daraufhin überreichte Canovas sofort seine Demission, da er ein Vertrauensvotum sämmtlicher Konservativen haben wollte. Als Mitglieder des neuen Kabinets werden bisher genannt Sagasta (Präsidium), Armijo (auswärtige Angelegenheiten), General Weyler (Krieg), Admiral Lopete y Carballo (Marine) und Venaucio y Gonzalez (Finanzen). Ueber die Besetzung der übrigen Ressorts verlautet noch nichts.

In **Ungarn** scheinen sich die Klerikalen zu entschlossenem Widerstand gegen die angekündigte kirchenpolitische Gesetzgebung zu rüsten. Ihr leitendes Blatt „Magyar Allam" proponirt an leitender Stelle die Unterbreitung einer Monstrepetition an den Kaiser durch eine Million. Es soll der Wunsch der Nation gebeten werden, nicht zu gestatten, daß die tausendjährige Verfassung Ungarns durch den Schandfleck der Zivilehe verunglimpft werde.

Aus **Sofia** berichtet „Hirsch's T.-B.": Nach Besprechungen mit verschiedenen Abgeordneten gelangten die Minister zu der Ueberzeugung, daß eine Verfassungsrevision nur theilweise durchführbar wäre. In Folge dessen dürfte die beabsichtigte Beschränkung der Preßfreiheit fallen gelassen werden.

Eine Depesche des „Reuter'schen Bureaus" aus **New-Orleans** vom 2 Dezember berichtet über die Sitzung der Nationalen commerziellen Konvention zu Gunsten der Vollendung des Nicaragua-Kanals, daß ein Beschluß angenommen worden, der wie folgt lautet: „Es ist die höchste Pflicht der Regierung der Vereinigten Staaten, den Bau des Kanals zu unterstützen, und mit empfehlen dem Kongresse achtungsvoll, solche Schritte zu thun und solche finanzielle Hülfe zu gewähren, wie sie nöthig sind, um die schleunige Vollendung des Kanals zu einem Kostenminimum sichern zu können, indem er gehörige Bürgschaft aus irgend einem dafür verspändeten Kredit oder gelesteten Vorschuß nimmt und solche Kontrolle und Oberaufsicht behält, welche die friedliche Benutzung dieses großen Unternehmens für den Welthandel gegen die geringstmöglichen Abgaben sichern könnte." Es wurde dann eine Exekutivausschuß aus Vertretern eines jeden Staates oder Territoriums ernannt, und die Konvention vertagte sich darauf auf unbestimmte Zeit.

Parlamentarisches.

* Die parlamentarische Soiree, zu welcher der Reichskanzler Graf Caprivi für den gestrigen Abend Einladungen hatte ergehen lassen, war eine der belebtesten und besuchtesten Gesellschaften, deren sich die Stammgäste solcher Soireen zu erinnern vermögen. Den Kern, das Gros der in der Zahl von mehr als 400 Personen erschienenen Gäste des Reichskanzlers bildeten die Mitglieder des Reichstags, der fast in allen Parteifarben und in allen Feinen hervorragenden Mitgliedern vertreten war. Im Besonderen hatte die freisinnige Partei ein zahlreiches Kontingent gestellt. Um die Parteifarbe aber gruppirte sich eine Fülle von Persönlichkeiten, welche zu der Politik des Reiches in mehr oder weniger bedeutsamen Grade in Beziehung stehen. In erster Reihe gilt dies natürlich von den hohen Funktionairen des Reiches und des Staates, von denen die Staatsminister, die Staatssekretaire, die Mitglieder des Bundesraths, die Präsidenten der Reichsämter neben zahlreichen vortragenden Räthen der Zentralstellen fast vollzählig anwesend waren. In der Zahl der als Gäste erschienenen Staatsminister waren außerdem noch Herr v. Maybach, Freiherr v. Lucius, v. Friedberg, General v. Verdy, u. A. zu nennen. Besonders zahlreich war die Zeitungswelt in Redakteuren und Korrespondenten hervorragenderer In- und Auslandsjournale vertreten. Die Liebenswürdigkeit, mit welcher der Reichskanzler seine Gäste begrüßte und denselben das Verweilen angenehm zu machen sich bemühte, fand einen dankbaren Widerhall in der angregten und lebhaften Unterhaltung, in welcher die zahlreiche Gesellschaft sich alsbald erging, und die im Verein mit einer vortrefflichen zyklenten Bewirthung und angenehmer Musik den Abend für jeden Theilnehmer in jeder Hinsicht genußreich gestaltete.